

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(53. - öffentliche - Sitzung am 22. Juni 2015)

Beratungsthemen:

- 1 a) **Für eine verantwortungsvolle und rationale Klimaschutzpolitik**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/821](#)
- b) **Klimaschutzziele verbindlich festschreiben - ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/829](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. In diesem Zuge brachte die CDU-Fraktion einen Änderungsvorschlag ein. Anschließend schloss der Ausschuss die Beratung ab und lehnte zunächst den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion gegen die Stimmen jener Fraktion mit den Stimmen der übrigen Fraktionen ab. Sodann empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag der Koalitionsfraktionen in [Drs. 17/829](#) in unveränderter Fassung anzunehmen. Ferner empfahl der Ausschuss gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der CDU-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Mitglieder des Ausschusses, den Antrag der FDP-Fraktion in [Drs. 17/821](#) abzulehnen.

2. **„Fracking“ - Sicherheit für Mensch und Umwelt geht vor!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2896](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen. Die CDU-Fraktion stellte einen Änderungsantrag zur abschließenden Beratung des Antrags im Plenum in Aussicht.

3. **Biokunststoffe unterstützen - Sicherung von nachhaltigen Werkstoffen für die Zukunft**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2152](#)

Der Ausschuss führte eine Anhörung durch. Er hörte Herrn Prof. Dr. Hans-Josef Endres vom Institut für Biokunststoffe und Bioverbundstoffwerke (IfBB) der Hochschule Hannover an und führte dazu eine Aussprache.

4. **Rückbau kerntechnischer Anlagen planen - Entsorgung schnellstmöglich klären**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2155](#)

Der Ausschuss setzte die Vorbereitung einer Anhörung, die sich auch auf den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN in [Drs. 17/3437](#) („Atomausstieg umsetzen - Atomkraftwerke zügig und transparent rückbauen“) beziehen soll, fort.

5. **Duale Systeme abschaffen - Etablierung eines transparenten Erfassungs- und Verwertungssystems, das Wertstoffe wie Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen gemeinsam erfasst**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2712](#)

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Antrag entgegen und setzte die Beratung fort. In diesem Zuge brachten die Koalitionsfraktionen einen Änderungsvorschlag ein. Die CDU-Fraktion kündigte einen sich darauf beziehenden Änderungsvorschlag an.

6. **Bürgerenergie in Niedersachsen nicht stoppen: Akteursvielfalt erhalten, gesellschaftliche Akzeptanz sichern, regionale Wertschöpfung befördern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2714](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. In diesem Zuge brachte die CDU-Fraktion einen Änderungsvorschlag ein. Anschließend schloss der Ausschuss die Beratung ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag der Koalitionsfraktionen in unveränderter Fassung anzunehmen.

7. **Den Müll im Meer nachhaltig reduzieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1756](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und kam überein, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag in [Drs. 17/3537](#) („Gewässer schützen - Mikroplastik in Kosmetikprodukten verbieten“ in TOP 8) zu beraten. Die Koalitionsfraktionen legten einen Änderungsvorschlag vor, um den von ihnen eingebrachten Antrag zu einer Beschlussempfehlung zu beiden Anträgen auszuweiten.

8. **Gewässer schützen - Mikroplastik in Kosmetikprodukten verbieten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3537](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und kam überein, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag in [Drs. 17/1756](#) („Den Müll im Meer nachhaltig reduzieren“ in TOP 7) zu beraten. Die Koalitionsfraktionen legten einen Änderungsvorschlag zum Antrag in [Drs. 17/1756](#) vor, um diesen zu einer Beschlussempfehlung zu beiden Anträgen auszuweiten.